

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint monatlich einmal an jedem Sonnabend. — Preisprospekt: 56 Halbpennig monatlich vorläufig. — Inhalt: Reichstagsberichte. — Meldungen aus allen politischen Kreisen. — Nachrichten und der Bericht über die Verhandlungen der Reichstagskommissionen. — Besondere Berichte über die Verhandlungen der Reichstagskommissionen. — Besondere Berichte über die Verhandlungen der Reichstagskommissionen.

Abbestellungspreis: Für die Jahrgangsbilanz 12 Mark. — Einzelhefte 1 Mark. — Abbestellungspreis durch den Verlag: 12 Mark. — Einzelhefte 1 Mark. — Abbestellungspreis durch den Verlag: 12 Mark. — Einzelhefte 1 Mark.

Nummer 47

Halle (S.), 20. November 1926

2. Jahrgang

Politikmüdigkeit?

Die letzten Gemeinderatswahlen — Wahlmüdigkeit in Baden — Das Vorbringen der Wirtschaftsruppen — Erschwerte Koalition — Das Gefeg gegen Schuld und Schmutz — Die Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie — Keine Reichstagsauslösung — Der Reichsfinanzausgleich — Die stockenden Thoiry-Verhandlungen — Die Frage der Militärkontrolle — England auf Deutschlands Seite — Ungeklärte Lage in Frankreich — Louis Marin — Die türmische Frankenhause — Italien und Frankreich — Die polnischen Wahlen — Der Orient-Pakt — Tschitschern in Paris.

Die letzten Wahlen zu den Landtagen und Gemeinderäten in einer Reihe deutscher Bundesstaaten haben, so verschiedenes sie auch an sich waren, doch ein Ergebnis gehabt, das zu denken gibt. Sie zeigen eine starke Müdigkeit der Wählermassen und eine Abneigung gegen die politischen Parteien, die für die Folge nichts gutes versprechen. Wo die Erbitterung gegeneinander nicht besonders stark ist, sondern eine ruhige Geschäftsführung eine klare Linie innehält, verliert sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Masse. Ein Beispiel dafür ist Baden, wo die Wahlberechtigung nur zwischen 35 und 40 Prozent betrug. In den anderen Staaten, in Lübeck und Sachsen, wogte zwar der Kampf erbitterter und hat auch mehr Säunige an die Urne geholt, aber nicht zu Gunsten der politischen Parteien selbst, sondern jener Wirtschaftsruppen, die sich mit großen Fragen überhaupt nicht befassen und lediglich Sonderinteressen vertreten. Die Wirtschaftspartei bringt überall erfolgreich nur, aber selbst solche einseitig zusammengefügten Wahlkörper, wie der Bund der Bauern, die Stimmen überall konfliktuell verzeichnen. Das stimmt außerordentlich bedenklich. Die politischen Organisationen werden dabei gerichtet und man es sich auch wohl nur um eine vorübergehende Erleichterung handelt, so wird schon dadurch schwerer Schaden gestiftet, weil es künftig nötig wird, wieder von vorne an die Organisationen aufzubauen.

Für die Erleichterung der parlamentarischen Arbeiten aber bedeutet es eine weitere Erschwerung. Klare Mehrheitsverhältnisse gibt es, vielleicht Bayern ausgenommen, wo der Partikularismus der Bayerischen Volkspartei eine starke Anziehungskraft hat, nirgends. Überall müssen Koalitionen geschaffen werden, die natürlich in sich bündig sind. Sie haben dauernd Belastungsproben zu ertragen und sind immer nicht immer gewachsen. Am härtesten gilt das im Reich. Fragen, die von den Sozialdemokraten gelöst werden können, stehen andere gegenüber, für die sich auch die große Koalition nicht gelöst haben können. Man braucht nur an das Gefeg gegen Schuld und Schmutz oder an das kommende Reichshuldengeß zu erinnern. Wenn hier auch die liberalen Parteien härter nach links pendeln, so haben Bayerische Volkspartei und Zentrum keine Neigung, gerade mit der Sozialdemokratie diese Gefeg zu verabschieden. Das sind Probleme, die gerade, wo sie schon in förmliche Bezirke eingreifen, tatsächlich nur schwer lösbar sind.

Es war deshalb richtig, daß man zunächst einmal die große Koalition nicht begründete, sondern sich mit einer Zwischenlösung begnügte, die an sich keinen befriedigend und trotzdem weitestens die Ansicht auf eine gewisse Dauer hat. Worauf es ankam, war lediglich die Linie aus ihrer unmittelbaren Dispositionstellung zu befreien, die in kurzer Zeit zu einer vollständigen Rahmung des Reichstages und demnach zur Auflösung geführt hätte. Gerade weil die große Koalition nicht hätte, darf sie nicht an einem solchen Zeitpunkt fordern. Ganz abgesehen von der Abneigung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen, in diese Kombination einzuwilligen, ist auch bei der Sozialdemokratie keine ausgesprochene Stimmung dafür vorhanden. Ein Teil der Fraktion ist zwar für die große Koalition eingetreten, aber es ist nur eine Minderheit gewesen. Die Führer selbst waren aus rechtlicher Überlegung geblieben und schoben Vereinbarungen vor, die ihnen eine gewisse Freiheit ließen. Man einigte sich in den Besprechungen beim Kanzler dahin, eine ständige und enge Fühlung miteinander zu unterhalten, aber sich nicht endgültig festzuliegen. Man darf nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie nach den sächsischen Wahlen mit ihrem starken Zug nach links eine verantwortliche Mitarbeit feucht. Das wird sich vielleicht ändern, wenn Neuwahlen stattgefunden haben, die dieser Partei wahrheitsgemäß einen erheblichen Gewinn zuführen und die Kommunisten in ihrer Agitation lähmen. Schon jetzt zeigt sich, daß die Mostauer ihren Höhepunkt überschritten haben. Man muß daher abwarten, bis wenigstens die Not des Winters über sich erhebt. Das Wirtschaftswesen dann, wie man vielfach hofft, einen Auftrieb, so sind die Gefahren von links her im wesentlichen als überwunden anzusehen.

Wir haben auch noch einen zweiten Grund, eine Reichstagsauflösung vorläufig nicht zu befürworten. Die Ansichten für die Krise sind nicht günstig, darüber soll man sich nach den Erfahrungen der letzten Wahlen einmal

klar sein. Auch wenn man annehmen darf, daß die Deutschen eine Niederlage erleiden würden, ist damit noch nicht allein gebiet. Es muß auch eine gewisse Beteiligung in den Wählermassen eintreten, die heute unter Steuern und der Konkurrenz der öffentlichen Körperschaften in vielen Kreisen leidet. Eine Hauptaufgabe dieses Winters ist es offenbar, den Finanzgleichgewicht zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu verabschieden und auch ein wenig auf die Sondersteuernpolitik der Städte zu achten, gegen die sich die Erbitterung hauptsächlich richtet. Die Kommunen befinden sich in einer Zwangslage und sind vielfach garnicht im Stande, ihre Ausgaben zu decken. Das Problem ist ein Gesamtproblem und kann nur vom Reich aus gelöst werden. Das aber gilt es zunächst einmal abzuheben. Auch wird man gut tun, sich erst einmal die Außenpolitik auswirken zu lassen. Ein Erfolg Stresemanns würde die deutschnationalen Niederlage vervollständigen und gerade darauf muß hingearbeitet werden.

Überwältigend sind die Aussichten dafür im Augenblick nicht. Verhandlungen mit fremden Staaten erfordern immer unendliche Geduld, und die häufig in der Presse auftauchenden Nachrichten von stark optimistischer Färbung nützen nichts, sondern verzerren im Gegenteil die Stimmung. Man hat für unseren Gesandten Thoiry viel zu laut bejubelt. Es war schon eine Tat, aber die Ergebnisse lassen sich nicht von heute zu morgen als Ernte bergen. Das ist begründlich, da Herr Briand in seiner Kammer genau so vielen Gegnern gegenübersteht, wie Stresemann bei uns, was bei ihm noch erschwerend die Macht der Militärkräfte kommt, die durch seinen verlorenen Krieg bescheidener geworden sind. Schon in der Frage der Militärkontrolle zeigt sich das. Ob es wirklich christliche Reformen vor einem deutschen Widererwachen ist oder nur der dringende Wunsch, die guten Völkern nicht zu verlieren, spielt dabei keine Rolle. Tatsache ist jedenfalls, daß es bisher noch nicht gelungen ist, diese Forderungen zu befriedigen. Dabei hat sich England stark und entschieden für den deutschen Standpunkt eingesetzt und durch seinen Vorkämpfer in Paris Lord Crewe nachdrücklich die Forderungen unterstützen, um dieser ganzen Institution ein Ende zu machen. Es ist ja möglich, daß bei der Zusammenkunft der drei Außenminister in Genf eine Einigung erzielt werden wird, aber als sicher möchten wir das noch nicht unterstellen. Gerade die geringfügigkeit der Rückstände in der deutschen Entschaffung zeigen, wie hart

verfündigt nur mit erster Belohnung verfolgt wird. Man fürchtet den Rückgang. Nicht nur, daß die Kursteigerung zum Teil auf Spekulation beruht, was schon an sich bedenklich ist, ist eine Notlage eingetreten, die bereits viele Firmen zur Liquidation wegen Geldmangel gezwungen hat. Die Entscheidung ging zu schnell. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß diese Krise, und es sind ja die ausschlaggebenden, sich zur Abwehr setzen und dem Frankreich die politische Politik bedroht. Selbst die Engländer, wie Mac Kenna und Montague Norman haben schon gesagt, daß die Zeit zur Stabilisierung gekommen sei, er hat das aber abgelehnt, obwohl auch London öffentlich dafür eingetreten ist. Poincaré hat ja immer zu den eigensinnigsten Staatsmännern Europas gehört und es ist auch diesmal nicht ausgeschlossen, daß er, genau wie 1924, sich zu weit vorgewagt hat. Es ist vielleicht nicht unbedeutend, wenn seine Freunde den im Januar stattfindenden Senatswahlen pessimistisch entgegensehen.

Dagegen wird man die französisch-italienische Spannung, die schon im Abflauen begriffen ist, in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen brauchen. Auch in Rom hat man erkannt, daß man den Bogen nicht überspannen darf und entsprechende Anweisungen an die Presse gegeben. Italien ist anders als andere Staaten für seine Presse verantwortlich, weil es keine Wähler mehr gibt, die von der Regierung unabhängig sind. Alle anderen sind unterdrückt worden. Die Gewaltherrschaft im Innern hat den letzten Rest von Freiheit beseitigt. Man hat uns ja schließlich der Alpen getrieben, daß wir dieses ganze Unterfangen abfällig beurteilt haben, aber nicht etwa aus Haß gegen Italien, sondern im Gegenteil, aus Sympathie mit einer Nation, die sehr wohl unser Freund sein kann und es auch häufig gewesen ist. Von einem liberalen Italien trennt uns gar nichts, von einem sächsischen allerdings sehr viel. Wir brauchen nur an Südtirol zu erinnern, das heute bis zur Verzweiflung getrieben wird. Eine solche Politik hat sich noch nie bewährt.

Diese Erfahrung haben auch die Polen machen müssen. Der wildeste Terror hat verjagt. Die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien sind eine Quittung gewesen, die in der ganzen Welt gefeiert wurde. Obwohl Hunderttausende von Deutschen freiwillig oder gezwungen das Land verlassen haben, wurden mehr deutsche Stimmen abgegeben als 1920 bei der Entscheidung über Oberschlesien. Die Erregung in Warschau ist über verständlich. Deutscher konnte ein Mißerfolg garnicht werden. Wenn man jetzt aber mit dem Gedanken spielt, die international garantierte Selbstständigkeit des Gebietes anzutasten und es in seine Kreise aufzuteilen, so ist das ein Weg, der in die Irre führt. Hier wird intentionales Recht gestochen, und es ist ganz ausgeschlossen, daß Deutschland dazu schickig wird. Was man in Polen tatsächlich auch das, so muß eben der Rückbehalt eingreifen und er wird sich einem solchen Auf garnicht entziehen können.

Die Lehren sind immer die gleichen, die Unbefähigkeit ist aber auch immer dieselbe. Wo eine Kampfstimmung herrscht, müssen die Sicherheitsverante geöffnet werden. Leider begreifen das die verantwortlichen Staatsmänner meist zu spät. Der Satz gilt auch für die Außenpolitik. Die italienischen Reden und Drohungen gegen den Orient, die England durch die Unterredung von Vornon mindestens scheinbar unterstützt hat, haben Vordereinstellung gemacht. Die Zusammenkunft in Dossja zeigt, daß man durchaus nicht geneigt ist, alles hinzunehmen. Richtig trifft es nicht zu, daß über atlantische Einheitsfronten verhandelt worden ist, aber ganz sicher hat man sich für den überflüssigen Kolonial verständig. Die Türkei, Rußland, Persien und Afghanistan zusammen bilden schon einen Komplex, der auch für europäische Mächte so gut wie unangreifbar ist, namentlich dann, wenn andere europäische Mächte nicht, namentlich dann, Herr Tschitschern fährt nach Paris, wo er mit Briand eine Aufnahme haben wird. Es wäre nicht weiter auffällig, aber französische Wähler werden, daß gerade an der Seine der Orient-Pakt unerschrocken werden soll, also offenbar unter dem Protektorat Frankreichs. Das sind Vorgänge, denen man garnicht genug Aufmerksamkeit spenden kann. Richard Man.

Nichts kommt von selbst,
auch die Verbreitung unserer
Wochenschrift
muss erarbeitet werden.
Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Probefläche durch den Verlag
Magdeburg, Breiterweg 139/140

selbst ein Mann von so gutem Willen wie Herr Briand kämpfen muß, um das von ihm als richtig erkannte durchzuführen.

Die Lage in Frankreich selbst ist heute wieder so ungeklärt wie möglich. Der nationalsozialistische Heißhörn im Kabinett Poincaré hat durch sein rücksichtsloses Vorgehen die ganze Regierung gefährdet. Poincaré mußte ihn öffentlich abschießen, wenn er auch nicht den Mut fand, ihn auszuscheiden. Zunächst hat er den Sturm damit beschworen, doch droht ihm von einer ganz anderen Seite her Gefahr. Die Frankenaufwärtsbewegung hat einen Umfang angenommen, der in den Kreisen der Sach-

Die Wirtschaftspartei.

Von Dr. Hugo Buchmann.

Der Kampf um die Staatsform und um eine verfassungsmäßige Außenpolitik ist von uns mit Erfolg durchgeführt worden. Wenn jetzt die vielen neuen Aufgaben, die insbesondere der Ausbau des Staates stellt, nicht durch falsche Parteigruppierungen verwirrt werden sollen, dann muß sich unsere Klarheit respektvoll auf die Agitation gewisser Kreise für die sogenannte Wirtschaftspartei richten. Diese Agitation wird jetzt auf alle mögliche Weise im Lande betrieben, oft unter Mißbrauch der dem Mittelstand vom Staat gegebenen Berufsvertretungsorgane.

In der neueren deutschen Parteigeschichte ist häufiger der Gedanke einer Mittelstandspartei aufgetaucht, niemals hat er verwirklicht werden können. Der Mittelstand war bisher überwiegend einseitig, er kannte die Gefahren einer Mittelstandspartei für den Mittelstand selbst und ließ unbedenkbare Parteigründe unter sich. In den letzten Jahren hat der Gedanke einer selbstständigen Mittelstandspartei wieder Boden gefaßt und, um dem Ganzen einen etwas neutraleren Anstrich zu geben, nannte man die Vorgängerin dieser Art „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“.

Die Stimmungen im Mittelstand, die derartige Bestrebungen unterstützen, sind auch uns verständlich. Nach dem Kriege hat sich der Mittelstand oft von allen Seiten verlassen geglaubt. Die Großindustrie bemühte sich, da sie mehr darauf angewiesen war als früher, um verstärkte Unterstützung der Staatsaufgaben und drohte den Mittelstand an die Wand zu drücken. Auf der anderen Seite drohten Sozialdemokraten und Kommunisten mit Sozialisierung oder Kommunalisierung des Handwerks und Lieben es, wenn sie in einzelnen Städten Gelegenheit dazu hatten, an unangenehm Verläufen nach dieser Richtung nicht feilen. Wieder machte es die Großindustrie nicht besser, die den Mittelstand dadurch zu schädigen suchte, daß sie werkweise die Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung an sich reißen wollten. Nicht zuletzt haben die vielfach den einzelnen Berufsständen schwere Opfer auferlegenden Maßnahmen, die zur Überwindung der Kriegsfolgen unbedingt notwendig waren, auch den Mittelständlern Grund zur Unzufriedenheit und da gerade bei dem deutschen Kleinbürgertum die Luft zur Kritik an allen Dingen sehr stark ist, fanden die Wirtschaftsparteier auch in dieser Beziehung Nist in den gegebenen Verhältnissen. So wird denn der Charakter der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gekennzeichnet durch die Kritik, die sie an vielen Einzelheiten der staatlichen Maßreglungen übt. Beobachtet man aber die Haltung ihrer eigenen Vertreter im Parlament, dann kann man nicht umhin, gerade eine verhängnisvolle Politik der Wirtschaftsparteier in den den Mittelstand angehenden Fragen festzustellen.

Da wird z. B. die Hauszinssteuer von der Wirtschaftspartei erbittert bekämpft und doch sind gerade die Wirtschaftsparteier Schuld am Bestehen dieser Steuer. Die Wirtschaftspartei hat nämlich im Reich erst dem Reichsfinanzminister von Schlieben die Mehrheit in den verhängnisvollen Finanzausgleich gestiftet, der den Bürgern mindestens 20 Prozent Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf zwingend vorschreibt. Der Finanzausgleich wurde im Reichstag entgegen der lebhaftesten Opposition der Demokraten im Eilzugtempo von den Rechtsparteien in Verbindung mit den Wirtschaftsparteieren verabschiedet. Noch in den letzten Tagen hätte die Wirtschaftspartei in Preußen dem Mittelstand beinahe wieder unermeßlichen Schaden zugefügt. Es ist nicht den Vertretern der Mittelstandspartei zu danken, wenn jetzt der § 4 der Gewerbebetriebsverordnung bestehen bleibt und damit dem Mittelstand eine wesentliche steuerliche Erleichterung wenigstens für dieses Jahr gesichert wird. Die unerhörte Taktik der Wirtschaftsparteier im Landtag hätte beinahe, wie hier schon ausgeführt worden ist, den Kommunen ein Recht in die Hand gegeben, die Gewerbebetriebe bis ins Unendliche zu belasten. Wie hatlos innerlich das ganze Programm der Wirtschaftspartei ist, zeigt sich auch an der programmatischen Befassung jöglicher Erwähnung des Staates, auf die Wirtschaft. Und doch mußte gerade der Abgeordnete Müller-Franken von der Wirtschaftspartei im preußischen Landtag das Wort über den Staat, auf die Erzeugung der elektrischen Kraft, Einfluß zu gewinnen, begründen. Da haben wir praktisch einen Fall, wo das Handwerk daran interessiert ist, daß es vom Staat gegen übermächtige Wirtschaftskräfte geschützt wird. In den großen und bei denen wir der Wirtschaft auf der einen Seite und bei denen wir der Wirtschaft auf der anderen Seite übermäßig freie Bahn geben müssen, damit sie sich rationelle Produktionszusammenfassungen gibt, können wir überhaupt die soziale Befähigung des Staates nicht unterschätzen. Gerade jetzt beginnt die Aufgaben einer sozialen Demokratie. Zu allen Zeiten solcher wirtschaftlichen Neuerungen hat der Staat erhöhte soziale Funktionen übernehmen müssen. So ist es auch heute. Gerade diejenigen, die von der sozialen Fürsorge des Staates nichts wissen wollen, profitieren von der Einwirkung des Staates auf die sozialen Verhältnisse am allermeisten. Die Schulfrage für Landwirtschaft und Schwerindustrie sind nichts anderes als eine Fürsorge des Staates für diese Schichten. Der Mittelstand, der häufig gegen diese Fürsorge zu Felde zieht, bedarf der Unterstützung des Staates Tag für Tag, wenn er nicht aufgegeben werden soll. Die verarbeitende Industrie kann recht bald in die Lage kommen, den Schutz des Staates gegen diktatorische Preispolitik der großen eisenfaßenden Kartelle anzufordern. Ganz selbstverständlich ist die weitgehende soziale Fürsorge für die Massen der Arbeiter und Angehörigen, die im Wirtschaftsprozess und seinen Umwälzungen am meisten zu leiden haben und gerade das liegt im Interesse des Kleinhandels, denn dadurch wird es

Preußens Elektrovorlagen.

Rede des Handelsministers Dr. Schreiber.

Schluß *)

Die Zusammenführung der verschiedenen Großunternehmungen wird auch den notwendigen Prozeß der Auscheidung veralteter und weniger wirtschaftlicher Unternehmungen erleichtern. Diese Werke werden als Umpump- oder Verteilerwerke immer noch ihre Bedeutung haben, aber es ist sicherlich nicht notwendig, daß wir im Jahre 1925 noch 2699 Elektrizitätswerte für die öffentliche Stromversorgung in Deutschland hätten. Wenn auch diese unwirtschaftliche Vielzahl gegenüber 1913, wo wir noch 4040 derartige Werke besaßen, in der Verminderung begriffen ist, so ist auf diesem Gebiete der Vereinfachung doch sicherlich noch vieles zu tun.

Auch die Abgrenzung der Interessensphären der einzelnen Elektrizitätsunternehmungen ist wichtig und wird von dem Staate gefördert werden müssen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn die einzelnen Unternehmungen, nur um sich gegenseitig Gelände abzugrenzen, sich zu unwirtschaftlichen Investitionen verleiteten. Freilich darf die Abgrenzung von Interessensphären auch auf diesem Gebiete nicht so verstanden werden, daß man diese Gebiete den verschiedenen Unternehmungen zur beliebigen Ausbeutung überlassen könnte.

Die Abgrenzung von Interessensgebieten muß wiederum verbunden sein mit der Einräumung eines angemessenen Einflusses für den Staat innerhalb der in Betracht kommenden Gesellschaften. Dabei braucht dieser Einfluß keineswegs überall in einer geschäftlichen Beteiligung zu bestehen und noch viel weniger ist daran zu denken, daß der Staat sich etwa in die technische Entwicklung eines dieser Unternehmen einmischen will. In der Eigenart der Elektrizitätsunternehmungen als Versorgungsbetriebe für die gesamte Wirtschaft liegt es indessen, daß der Staat die Möglichkeit erhalten muß, die allgemeinen öffentlichen Interessen, die er als Vertreter der Stromerbringer zu betreten hat, jederzeit gegenüber einem etwaigen Machtmißbrauch zur Geltung zu bringen. Je beträchtlicher die vorhandenen Unternehmungen sind in den Dienst der öffentlichen Interessen fallen, umso weniger können sie dagegen Bedenken haben, den Staat als Mitarbeiter auf diesem Gebiete willkommen zu heißen.

Besonders wichtig wird es für den Staat sein, im Zusammenwirken mit den anderen elektrowirtschaftlichen Unternehmungen auf eine Rationalisierung der Verteilung des elektrischen Stromes bis zu dem letzten Verbraucher hinzuwirken. Die Wege, auf denen die elektrische Energie bis zum letzten Abnehmer geleitet wird, sind außerordentlich verschieden und vielfach überflüssig zu lange und zu kostspielige. Auch in dem staatlichen Stromerzeugungsgebiete ist in dieser Hinsicht gewiß noch vieles zu tun. Es ist aber völlig verfehlt, das, was der Staat in seiner 2 bis 3jährigen Tätigkeit auf diesem Gebiete bisher erreicht hat, zu vergleichen mit Verhältnissen, die sich in anderen Gebieten in der jähren Arbeit mehrerer Jahrzehnte entwickelt haben. Die staatliche Verwaltung muß dieser Seite des Problems die allergrößte Bedeutung bei und wird nichts unversucht lassen, neben der Erzeugung der elektrischen Energie auch die Verteilung so billig wie nur irgend möglich zu gestalten. Sie hofft dabei auf die verständnisvolle Mitarbeit der Kommunen und Kommunalver-

bands, in deren Besitz sich vielfach die Stromverteilungsorgane befinden.

Endlich hat die Staatsregierung auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft auch insonderst allgemeine Interessen gegenüber den einzelnen Unternehmungen zu vertreten, als sie sich zur Pflicht gemacht hat, darauf hinzuwirken, daß auf dem Gebiete der Installation und des Abfluges elektrotechnischer Bedarfsgegenstände den vorhandenen mittelständlichen Unternehmungen, die lebensfähig und lebensberechtigt sind, nicht mit öffentlichen Mitteln eine unangebrachte Konkurrenz gemacht wird. Ich stimme in dieser Hinsicht den Ausführungen, die von verschiedenen Seiten dieses Hauses gemacht worden sind, vollkommen zu.

Sie sehen, meine Damen und Herren, daß das sogenannte Hoheitsinteresse des Staates auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft sich ganz und gar nicht erschöpft in dem Enteignungsrecht, das dem Staate auch auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft zusteht. Es ist selbstverständlich, daß dieses Enteignungsrecht vollkommen sachlich und unbeeinträchtigt von den geschäftlichen Interessen der staatlichen Unternehmungen ausgeübt werden muß. Ich halte aber überhaupt eine Trennung nicht nur dieses Enteignungsrechtes, sondern auch der übrigen von mir geschiedenen Aufgaben des Staates auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft von der rein geschäftlichen Betätigung des Staates auf diesem Gebiete für unbedingt notwendig. Ich bin deshalb mit der Prüfung der Frage beschäftigt, wie diese Trennung unter gleichzeitiger Zusammenfassung der staatlichen Betriebe am besten und am einfachsten und ohne Aufwendungen neuer erheblicher Kosten herbeigeführt werden kann und behalte mir vor, dem Hause darüber in absehbarer Zeit meine Vorschläge zu unterbreiten.

Einige Redner des Hauses haben daran Kritik geübt, daß neben den Bürgern und den Gemeinden der Elektrowirtschaft auch das Reich sich auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft betätigen solle. Dieses Nebeneinander der rein gewinnwirtschaftlicher Tätigkeiten der verschiedenen öffentlichen Stellen ist sicherlich weder erträglich noch zweckmäßig. Mindestens müßte aber erwartet werden, daß die verschiedenen in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmungen mit allem Ernst dahin streben, miteinander zu arbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen und die elektrowirtschaftlichen Aufgaben gegenüber den rein geschäftlichen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Frage des Enteignungsrechtes in Fällen, in denen die Länder mit ihren eigenen Unternehmungen und die Unternehmungen und die Interessen verschiedener Länder beteiligt sind, leichter zu lösen wäre, wenn das Reich auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft den Ländern und den sonstigen Beteiligten ohne eigenes Unternehmerrisiko völlig neutral gegenüberstände. Auch ich würde es daher sehr wohl begrüßen, wenn sich das Reich dazu entschließen würde, auf eine eigene Betätigung auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft zu verzichten.

Das sind im wesentlichen die Ziele der staatlichen Elektrizitätspolitik. Ich glaube, daß sie bei allzeitiger guten Willen zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise führt und damit auf einem besonders wichtigen Gebiete unserer deutschen Wirtschaft einem gelobten Fortschritt die Wege ebnet. Dazu erbitte ich Ihrer aller Mitarbeit!

*) Belegte Nr. 48

zu Zeiten großer Arbeitslosigkeit vor pflichtigen Erschlüssungen bewahrt.

Diesen Problemen gegenüber zeigt sich die Wirtschaftspartei einfach hilflos. Der Deutsche Mittelstand wird deshalb die Verpfichtung haben, sich bis zu den nächsten Wahlen eingehend über die verhängnisvolle Art zu unterrichten, wie von Seiten der Wirtschaftspartei Politik gemacht wird, damit verhindert wird, daß in den Parlamenten eine neue Gruppe entsteht, die ein Hindernis ist für praktische Arbeit.

„Große politische Sensation“ der Deutschnationalen. Ein Bildnis Stresemanns.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Mitteilung, die uns aus den Redaktionsbüchern geflossen ist, bekanntgegeben:

Für Kunstinteressenten! Ein fabelhaftes Bild von Stresemann im Kreise seiner Anhänger in der Wandelhalle des Reichstags, großes farbiges Gemälde, im Stile der „neuen Sachlichkeit“, hat der einzige Fraktionskolorist bekannt geworden Walter Frohne fertiggestellt. Stresemann selbst kennt das Bild noch nicht. Sobald er es zu sehen bekommt, wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als es zu kaufen und zu verkaufen; denn sobald es öffentlich ausgestellt wird, was beabsichtigt ist, wird dieses Bild zu einer großen politischen Sensation hat sich bereit erklärt, interessierten Kollegen und Kolleginnen das Bild in seinem Atelier vorzuführen. Der Künstler wird zu diesem Zweck am 10. und 11. November von 12 bis 3 Uhr in seinem Atelier anwesend sein. Besuche zu anderen Terminen sind gegen vorherige schriftliche Anmeldung möglich. Anschrift: Walter Frohne, Karlsruher Straße 30-31, Ecke Albrecht-Platz, Frankfurt/Main.

Berlin, den 3. November 1926.

Der Fraktionsgeschäftsführer: gez. Landau.
Die Deutschnationalen haben schon Sorgen. Bei ihrem wütenden Kampf gegen Stresemann, den sie wie oben mitgeteilt, „im Stile der neuen Sachlichkeit“ führen, müssen jetzt schon die Waler mitbedenken. Das scheint eine schöne „Sachlichkeit“ zu sein. Jedenfalls sind sie auf dem besten Wege, sich mit Kampfmitteln dieser Art so überflüssig wie nur möglich zu machen.
Die Deutschnationalen haben inzwischen den Zurückzieher gemacht und der Volkspartei ihr Bedauern über

diesen Vorfalle ausgesprochen. Und was geschieht mit Landau?

Aus Parlamenten und Parteien Die Arbeiten am Mittelstandland.

Nachdem nunmehr die Arbeiten am Mittelstandland begonnen haben, wird damit geredet, daß in der nächsten Zeit die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sich merklich verringern wird. Die ersten Arbeiten, die ausgeführt werden, bestehen in der Errichtung von Schmalstrassen im Gebiet von Magdeburg bis Peine, außerdem werden Wohnparaden gebaut. Wege verlegt, außerdem handelt es sich um den Bau von Wege-Rampen und Abflussschloten. Etwa 20 eigene Kanalbrücken werden in den Fabriken hergestellt. Da für den Kanalbau von Hannover bis Peine etwa 5 bis 6000 Arbeiter beschäftigt worden sind, kann damit geredet werden, daß jetzt ein Vielfaches von Arbeitern für die neue Strecke in Anspruch genommen wird. Bei der Anwendung von Arbeitern werden die verheirateten Erwerbsfähigen vorzugsweise behandelt, es wird weiterhin darauf gesehen, daß die Arbeiter möglichst aus dem Baugewerbe kommen und daß landwirtschaftliche Arbeiter der Landwirtschaft nicht entzogen werden. Bis zum 15. November sollen die Kanalbauarbeiten in Magdeburg und Bernburg erledigt werden. Die gesamten Bauarbeiten für den Kanalbau werden bis zum nächsten Jahres vergeben werden. Ingesamt kommen neben den Bauarbeiten für den Bau in Frage etwa 130 Brücken, 6 Schleusen, 3 Schleppläusen und verschiedene Hebewerke. Die Vorarbeiten für den Sildfrügel des Kanals sind ebenfalls in Gang; eine Anzahl von Bohrlochen, denen spätere Mägel folgen werden, ist bereits in Tätigkeit. Die Zentralstelle für die Kanalbauten wird die Strombauverwaltung Magdeburg und das Magdeburger Oberpräsidium sein.

Deutschnationaler Beamtenfang.

Gegenständig der Beratung der Entschuldigungsgeheimrat 22. Ausschuss des Reichstags beantragten am 12. d. M. die Abgeordneten Lauerrens und Gensler (Deutschnationale), den beschäftigten Personalabau im Reichsentschuldigungsamt um ein Vierteljahr hinauszuschieben. Im Sparauschuß des Reichstags arbeitet zu gleicher Zeit der Abgeordnete Schmidt (Stein) (Deutschn.) mit Nachdruck daran, alle irgendwie entbehrlichen Stellen zu streichen. Von dieser Fülle „Streicharbeit“ wird

chte Bericht, wohl aber von dem Antrag auf Hinaushebung des Personalabbaus. Hier wird die deutsche Presse vermutlich des Lobes überhoben. Wichtigfällige werden gewarnt!

Soziales

Die Not der älteren Arbeiter.

Die Not der älteren Arbeiter war Gegenstand erster und eingehender Beratungen einer Sitzung des Zentralrats der Deutschen Gewerkschaften, die am 5. November in Berlin tagte. Verbeigeführt durch die unglückliche Wirtschaftslage und verschärft durch die lang andauernde Arbeitslosigkeit hat sich die Lage dieser Arbeiter so gestaltet, daß sie vielfach unermüßlich ist. Es müssen deshalb Maßnahmen zur Überbrückung der Not getroffen werden. In besonderer Weise sind die Gewerkschaften zu beauftragt, entsprechende Vor schläge auszuarbeiten, die sich hauptsächlich in der Richtung der Schaffung eines Wiedereinstellungsmanages für ältere Arbeiter bei Belegung der Betriebe und eines erhöhten Kündigungsschutzes bewegen sollen. Ebenso notwendig macht sich aber auch eine Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung und eine entsprechende Anpassung der Rente an die gegenwärtigen Verhältnisse. Der Zentralrat beauftragt sich ferner mit der seitens des Reichsversicherungsamtes beabsichtigten Erhöhung der Hauszinssteuer um 30 Prozent und sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Erhöhung der ungleichen Belastung aus. Die Beurlaubung kann erheblich mehr gefördert werden, wenn stärkere Zölle der Hauszinssteuer zur Herstellung neuer Wohnungen in der Weise benutzt werden, daß sie zur Verminderung und Amortisation von größeren Krediten zur Beilegung des Wohnungsmangels dienen. Auch in dieser Frage werden entsprechende Vor schläge auszuarbeitet werden.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geheimführer Aussch.), Montag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr im Parteibüro, Breiter Weg 139-140.

D. D. P. (Stammlich), Dienstag, den 21. November, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammlich zu beteiligen.

Deutsche Demokratische Partei. Am Montag, den 22. November, abends 8 Uhr findet in den Vorkämpfer Bürgerhäusern, Pfleiferstr. 9, eine Sitzung des erweiterten Vorstandes statt. Als Besprechungspunkte sind vorgesehen: Organisationsbericht, Kassenbericht, kommunale Angelegenheiten und anderes mehr.

D. D. P. Zahlte pünktlich die Beiträge. Wir verweisen nochmals auf eine Mitteilung des Bezirksvorstandes, wonach alle Vertrauensmänner der Deutschen Demokratischen Partei, die keiner Ortsgruppe oder keiner Parteiorganisation angehören, als Einzelmitglieder der D. D. P. Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt geführt werden. Der Mindestbeitrag für diese Mitglieder beträgt vierteljährlich 1 M. Der Vorstand hofft, daß die besser bemittelten Parteigenossen bereit sind, einen höheren Beitrag zu leisten und daß diese Beiträge umgehend bei der Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg eingehen.

Für die Republik.

(Jeder Beamte muß die Republik lieben.)

Der Deutschen Demokratischen Partei ist es gelungen, Herrn Dr. Weggen, den kürzlich ernannten Staatssekretär im preussischen Innenministerium, zu einem Vortrag zu gewinnen. Weggen sprach über politische Tagesfragen; ein fast nichtslagen Thema u. denoch eine Fülle höchst interessanter Probleme, die von ihm behandelt wurden. Wer diesen lebendigen Politiker sprechen hörte, dem wurde es nur allzu klar, warum gerade er, der so stark von rechts angegriffen wird, im geschlossenen Kreis seiner Freunde die Frage der inneren Verwaltung berühren wollte. Vieles, was er sagte, gehörte sicherlich nicht in die Öffentlichkeit, dagegen wäre es wünschenswert gewesen, daß jene, die heute noch nicht wissen, wozu sie gehören, Dr. Weggens Bekenntnis zur Republik hörten; ein Bekenntnis, das jedenfalls Bestall fand. Selten hat ein Staatsmann seine Hörer so in den Bann gezogen, als Dr. Weggen. Alle Beamten, die im Dienste des Staates stehen, müssen nicht nur Republikaner sein, sie müssen auch die Republik lieben.

Weider können wir keinen ausführlichen Bericht bringen; wir beschränken uns auf einige Gedankenfänge.

In einer geschlossenen, überlieferten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Magdeburg der Deutschen Demokratischen Partei sprach am 14. November Herr Dr. Weggen, Staatssekretär im Preussischen Innenministerium, über politische Tagesfragen. Er ging davon aus, daß die Republik stehe, ja daß sie marschiere. Selbstverständlich ist es jedem, dem deutschen Volk die politischen Angelegenheiten so wichtig sind, wie sie es sein müssen, daß man das „politische Geheiß“ mit größter Aufmerksamkeit verfolgen will; jedoch ist es ein schweres Verbrechen, wenn man sich nicht bemüht, das politische Geheiß mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen; jedenfalls ist es eine schwere Verantwortung für die Parteien, zu einer Zeit, wo man Wahlen, Wahlen und Wahlen hat, so wenig davon zu hören, so viel zu erhalten. Er beleuchtete an einem Beispiel, wie wenig gelegentlich diese Verantwortung empfunden würde. Die Fragefrage

werde sich von selbst erledigen, da Schwarz-Rot-Gold gleichfalls marschiere, wie jeder sich beim bloßen Rückblick auf 1925 überzeugen könne. Redner streifte die Frage der Reichswehr, den Angelpunkt unserer innerpolitischen Entwicklung, legte seine Stellung zu den Wehrverbänden und dem Reichsbanner dar, indem er die Verdienste und die mittlere Linie des Reichsbanners betonte und führte noch einmal die Notwendigkeit der Säuberungsaktionen im letzten Sommer aus. Mit Nachdruck bekannte er sich zu der Auffassung, daß der Beamte von heute die Republik lieben müsse. Vorbereitung einer Verwaltungsreform sei Vereinfachung und überflüssige Zusammenfassung des heute geltenden Rechtes. — Bekannt seien seine Absichten

Was hast Du zur Stärkung der Partei-Organisation getan? Persönliche Werbearbeit ist sehr wertvoll! Arbeite mit!

nach dieser Richtung im Parteigenossen. Verlangen müsse man auch schon rein äußerlich eine Zusammenfassung der Behörden. Entfernte Lemter fräßen sich in Berlin mit Papier und Tinte zuletzt gegenseitig auf. Die Ausbildung der Vertrauens- und Vertrauensreferendare brauche nicht so auseinanderzuliegen wie heute. Ganz ohne die Außenarbeit komme man heute noch nicht aus. Das Zweige der Verwaltung seien ja auch so spezialisiert, daß selbst der berufsmäßig Vorbereitete an manche Aufgaben als ein Außenreferent nur heranträte. Im Anschluß an Friedrich den Großen, Stein und Götze, da man in Deutschland Wahrheit auch heute nur unter Berufung auf Kronzeugen vorbringen dürfe, stellte er Notwendigkeit und sittliches Recht der heutigen deutschen Entwicklung dar. Die Ausführenden geben ein deutliches Bild der Schwierigkeiten jeder Regierung von heute, aber auch der Energie, mit der an einer Lösung gearbeitet wird. Es folgte ein bürgerlicher Vortrag über Beamtenfragen von dem als Beamtensprecher bekannten Landtagsabgeordneten, Hofkapellmeister Rave.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hummel Vorkämpfer eines Unteranspruches der Wirtschaftskräfte.

Von dem Parlament der Sachverständigen, das unter obiger Bezeichnung seit einigen Monaten tagt, erwartet die Öffentlichkeit mit Recht große Ergebnisse. Die Vorarbeiten sind jetzt, wie der Vorkämpfer, Abg. Kammer der Presse kürzlich bekannt gab, fast abgeschlossen, daß die Fragenkomplexe, auf die Antworten gefunden werden sollen, festgelegt sind, und daß auch im übrigen eine völlige Einigung über den Umfang des riesigen Arbeitsgebietes erzielt wurde. Bei dieser Gelegenheit wird es unsere Leser ganz besonders interessieren, daß der Vorkämpfer in dem neu zu bildenden Untersuchungsausschuß über die Fragen des Handels unseres Reichstagsabgeordneten, dem selbsten badischen Staatspräsidenten, Prof. Dr. Hummel übertragen wurde.

Landtagsabgeordneter Gustav Hartmann spricht am Sonntag, den 21. November, nachm. 5 Uhr im „Kraushof“ in der Generalversammlung des Gewerbevereins Deutscher Metallarbeiter (S. D.) über „Das Arbeitslosenproblem“. Freunde der Gewerbevereinsbewegung sind zu dieser Versammlung jbl. eingeladen.

Das „Wirtschaftsblatt“, die demokratische Reichstagsfraktion und die Landwirte, die wir bereits den Organisationen und Vertrauensmännern vorgestellt haben, muß namentlich unter der bauerlichen Bevölkerung verbreitet werden. Der Mehrbedarf ist sofort bei der Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg, Beilweg 139-140, anzumelden. Da gepostet ist, eine weitere Auflage drücken zu lassen, bitten wir die Organisationen und die Vertrauensmänner, die notwendige Auflage umgehend mitzutreten.

Magdeburg. Nach der Anordnung des Herrn Reichsarbeitministers vom 9. 11. 1928 betragen die höchsten der Erwerbseinkommensteuer für die Zeit vom 8. 11. 1928 bis zum 31. 3. 1927 modernisiert:

im Wirtschaftsgebiet II (Mitte) Ostsch. A. pro Tag

1) für Personen über 21 Jahre:	
a) alleinstehende	205
b) nicht alleinstehende während der ersten 8 Unterhaltungswochen	178
c) nicht alleinstehende vom Beginn der 9. Unterhaltungswoche an	196
2) für Personen unter 21 Jahren:	
a) alleinstehende	136
b) nicht alleinstehende während der ersten 8 Unterhaltungswochen	108
c) nicht alleinstehende vom Beginn der 9. Unterhaltungswoche an	119
3) als Familiensubjekte für	
a) den Ehegatten	55
b) die Kinder und sonstige unterhaltungsberähigte Angehörige	39

Einschließlich der Familienzusätze darf die Unterhaltung, die ein Erwerbseifer erhält, in keinem Falle folgende Beträge (Einkünfte) übersteigen:

1) während der ersten 8 Unterhaltungswochen 380 M. pro Tag
2) vom Beginn der 9. Unterhaltungswoche ab 407 M. pro Tag

Mietverwehren. (Ein Vortrag von Dr. Bohner). In einer gut besuchten Versammlung sprach der demokratische Abgeordnete Oberbürgermeister Dr. Bohner u. a. auch über die Hauszinssteuer. Nach dem „Generalanleger“ hat Dr. Bohner über diesen Punkt sich wie folgt geäußert:

„Die Hauszinssteuer, die ein Produkt der Inflation ist, wird mehr von dem Mieter noch von dem Hausbesitzer gezahlt, sondern eigentlich von den Hypothekengläubigern, die durch die Inflation 75 Prozent ihres Hypothekendessens verloren haben. Die Forderung der Hauszinssteuer, die Hauszinssteuer zu belegen, ist unberechtigt, denn die reduzierte Zinslast, die jetzt auf den Grundbesitzern liegt, rechtfertigt die Verwendung dieses Mietanteils für die Allgemeinheit.“

Dadurch, daß die Hauszinssteuer nicht nach der Forderung, sondern nach der Höhe der Grundbesitzersteuer berechnet wird, ermächtigt manchem Hauswirt noch ein befonderes Vorteil, da er von seinen Mietern die gefällige Miete noch erhält. Die Hauszinssteuer beträgt insgesamt 800 Millionen Mark, wovon die Hälfte für den allgemeinen Staatsbedarf verwendet wird. Dreihundert des Restes kommen dem Wohnungsneubau zugute, während ein Drittel den Gemeinden für Wohlfahrtszwecke zugewendet wird. Bei Keim, Zwalben, Sozial- und Kriegseinstreunern sowie bei kinderreichen Familien, Erwerbslosen und bei einem Einkommen von nicht mehr als 1200 M. jährlich kann auf Antrag eine Stundung bezw. Niederherabsetzung der Steuer erfolgen.“

Hofkap. Dr. Bohner sprach am Montag, den 15. November, im Demokratischen Klub. Zahlreich war die Beteiligung, unter der man auch Freunde aus Dessau, Zerbst, Cöthen und Caspzig bemerkte. Nach einer beifällig aufgenommenen Begrüßungsansprache des Vorkämpfers Dr. B. u. c. und einigen mißfälligen Darstellungen nahm Dr. Bohner das Wort, um in guter Rede einige aktuelle Fragen zu behandeln. Starker Beifall dankte dem Redner. Die Schlußansprache hielt Staatsminister Dr. Weggen, der es trefflich verstand, die republikanische Gefinnung in den Vordergrund zu stellen, die darin ausklang, mit Geldgeheimten die Beifälligkeit zu pflegen. Mit dieser wohlwolligen Veranstaltung hatte die Gruppe Hofkap. der D. D. P. einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Koschke. (Deutsche Demokratische Partei.)

Am Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr findet im „Schwarzen Adler“ die Hauptversammlung statt, zu der alle Parteifreunde und demokratischen Wähler sowie deren Angehörige jbl. eingeladen sind. Kaufmann Rell-Abgeordneter wird über die bisherige Tätigkeit der Partei und ihre zukünftigen Aufgaben unter Berücksichtigung des von der Partei vorbereiteten Agrarprogramms sprechen. Des weiteren soll die Verarmung der Bevölkerung durch die Abhaltung eines Winterergrünens und eines Kreisparteitages.

Landkreis Duchring. (Deutsche Demokratische Partei.) An Stelle des nach Herbstabend verstorbenen Landrats Müller ist jetzt der frühere Kreispräsident Hugo von Sallet mit der Verwaltung des Landkreises Duchring betraut worden. Hugo gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Weiter streifte werden Landrat Müller mit Bauern leben sehen. Trotz mancher Anfeindung, der er ausgesetzt war, ist als Landrat Müller verstanden, sich in weiten Kreisen der Bevölkerung große Sympathien zu erwerben. Zu wünschen ist, daß es seinem Nachfolger gleichfalls gelingen möge, über den Kreis seiner Parteigenossen hinaus sich das Wohlwollen aller Republikaner zu erwerben.

Wärk. Zu dem Konflikt mit dem Bürgermeistern nahm eine Bürgerversammlung Stellung. Die von Herrn Dr. Bartsch vorgetragenen Ausführungen fanden die Zustimmung der Versammlung. Die Verammelten beklagten das Vorgehen der Stadtratsordnungsverwaltung und den zwischen dem Bürgermeister und der Stadt geschlossenen Vergleich.

Verburg. Gesellschaftsabend der D. D. P. Am Sonntag, den 19. November, fand in dem von den schwarz-rot-gelben Parteien reich geschmückten Saale des „Schöbringer“ ein wohlwolligener Gesellschaftsabend der Deutschen Demokratischen Partei statt, der von den Herren Medizinalrat Dr. Mathias und Carl in sorgfältig vorbereiteter und sehr hoch gelobt wurde. In harmonischer Stimmung war man bei Musik und Tanz fröhlich und guter Dinge, amüsierte sich bei einer reichhaltigen Vergnügung mit anschließender amerikanischer Aktion und vergnügte sich zu „reicher“ Stunde, Jung und Alt gemeinsam, mit allerlei Gesellschaftsspielen. Die Veranstaltung ist am so sehr zu begrüßen, als solche „Gesellschaftsabende“ nach und nach ein Gegenmittel gegen die realistische, sogenannte „gute Gesellschaft“ bieten und damit eine Entschädigung für den Bontat durch jene sein können. Zur Nachahmung empfohlen!

Neue Bücher

„Deutsche Republik“. Das zweite Heft der von Dr. Wirth herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Republik“ ist erschienen. Es ist dem Landrat Walter Rathenau gewidmet und enthält außerdem mehrere Beiträge zur Frage des Parlamentarismus und der Parlamentarismus. Zu den Mitarbeitern gehören Prof. Wirth, Ludwig Haas, Karl Böbe, F. Kumpfmüller, Arnold Bruch, Theodor Heuß, Gustav Radbruch, Julius Hirsch und andere.

Im die Lebens- und Weltanschauung, Religion, Philosophie und Politik. Von Clemens Kahl. Theodor Thomas Verlag, Leipzig, 276 Seiten. Preis geb. 6 M. Das Buch stellt den Versuch eines philosophisch und juristisch gebildeten, ernst ringenden Mannes nach einer genuin und intellektuell befriedigenden Weltanschauung dar. In leicht verständlicher und spannender Weise zeigt der Verfasser, daß wissenschaftliches Denken und Religion sich nicht einander annähern brauchen, da letztere ja überhaupt nicht Sache des Intellekts und der Erkenntnistheorie ist, sondern ihre Wurzel im Gefühllichen des Menschen hat und zu praktischer Betätigung im Willen gelangt, was keineswegs ausschließt, daß der Verstand Wert und Gültigkeit von Glaubenssätzen nachprüfen hat. Der Verfasser lehnt die dualistische Weltanschauung ebenso ab wie den materialistischen Materialismus und betont sich zum sogenannten transzendenten Monismus, der die Möglichkeit der Lösung aller Fragen des Weltgeheimnisses vorzuziehen hat. Der Verfasser lehnt die dualistische Weltanschauung ebenso ab wie den materialistischen Materialismus und betont sich zum sogenannten transzendenten Monismus, der die Möglichkeit der Lösung aller Fragen des Weltgeheimnisses vorzuziehen hat. Der Verfasser lehnt die dualistische Weltanschauung ebenso ab wie den materialistischen Materialismus und betont sich zum sogenannten transzendenten Monismus, der die Möglichkeit der Lösung aller Fragen des Weltgeheimnisses vorzuziehen hat.

Im letzten Kapitel spricht der Verfasser vom „politischen Leben“ und kommt zu dem Schluß, daß die Grundlage aller menschlichen und staatlichen Entwicklung nach außen die Staatlichkeit ist, die die Entgrenzung eben Geistes unserer Natur sind. Und daß unter Volk fittig wieder in die Höhe kommen wird, ist sein zweifelhafte Glaube.

Im großen Fragen der Gegenwart, mögen sie von weltanschaulicher, religiöser oder politischer Art sein, vorurteilsteil gegenübersteht, aber doch politischen Anteil an ihrer Lösung zu nehmen wünscht, möge zu diesem Buch greifen. Er wird es mit großer, innerer Befriedigung aus der Hand legen.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag: Ludwig Mühl, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Hilg. Hg.), Delitzsch.

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

Die Qualitäts-Marke!

Unsere Preise sind billig!

Siegfried Cohn
Webereiwaren • Breitenweg 57/6

Mein Mann verlangt ein schönes Dioma. Es muß also fein!



GEG
fein!

Spezialität	8	Baris	10-Stück-Packung	1.50
Nr. 2 Sumatra-Brasil	10	Nr. 54 Extramarke	letzte Woche	12
Nr. 11 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 25 Sumatra-St. Felix-Havanna	letzte halbes Stück	20
Nr. 13 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 29 Sumatra-St. Felix-Havanna	letzte St. packung	35
Nr. 53 Spezialmarke	12	Zigarillos	ganzer Pack	7

Unsere Schlager

Nr. 110 10 Pfg.

Nr. 112 12 Pfg.

Nr. 115 15 Pfg.

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel

E. Markmann, Magdeburg
Bismarckstraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof
Fernruf 5539

Krankenpflegeartikel
Chirurgische Instrumente, Bandagen, Leibbinden
Verbandsstoffe Gummwaren
Reines Fachgeschäft.

Werbt neue Abonnenten!

Pelz
eigener Herstellung

Baletots — Jaden 800.— bis 120.—
Natur-Schmuck großer Schm. 80.—
Schals größte Wahl 500.— bis 19.—
Kinder-Garnituren 50.— bis 5.—
Elektr.-Stille 50.— bis 10.—
Serren-Gelb und Sport-
Pelze nach Maß 1000.— bis 120.—

Sternau
Alter Markt 32 (über 247er)

LIMMER-PELZ
Schwertfegerstr. Nr. 13.
Solange Vorrat offerieren wir:

Pelz-Stolas . . 16.—
Pelz-Kragen . . 24.—
rund gearbeitet
Pelz-Jacken . . 95.—
elegante Verarbeitung
Pelz-Mäntel 138.—
eleg. Verarbeitung
Auswahlsendungen können nicht gemacht werden.

Auf Teilzahlung
Herren- und Damen-Konfektion
Wäsche
Manufakturen
Schuhe :: Pelze
S. Margulies
Breitenweg 80/81

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Franz Pützkuhl
Empfehle:
Hüte, Mägen, Schirme, Wäsche,
Krawatten, Strümpfe, Sandalschuhe,
Hosenträger.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Eine Klasse für sich sind meine stadtbekanntesten hiesigen und bayrischen

Biere „Siphons“ stets
„Frisch vom Faß“
Liefere überallhin frei Haus.

Biervertrieb H. Dengel
Peter Paulstraße 3
Ruf 7722. Ruf 7722

Wilhelm Kobelt's
H. Wurstwaren
H. Fleischwaren
Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.
Magdeburg
Bärplatz Fernruf 7282

Demotraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammfisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Bauern und Kleinbauern Pächter und Siedler
verlangt die
Deutsche Bauernzeitung.
Probefrühe kostenlos.
Reichsverband landwirtschaftl. Klein- und Mittelbetriebe,
Berlin N. 24, Monbijouplatz 3.

Für die Werbearbeit
Die aufgeführten Personen wünschen bis auf Widerruf auf eigene Rechnung die
Mitteldeutsche Rundschau.

Die Lieferung soll — sofort — am erfolgen.

	Name des Bestellers	Wohnort	Straße	Bestellpostamt
1.				
2.				
3.				

Unterschrift des Einenders.

In
die Mitteldeutsche Rundschau
Magdeburg
Breitenweg 139/140

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 47

Halle (S.), den 20. November 1926

2. Jahrgang

Politische und überparteiliche Frauenarbeit.

(Anregungen für die Herbst- und Winterarbeit.)

Von Martha Dönhoff, M. d. L.

Von der Mobilmachung des öffentlichen Lebens zum Winter sind auch die Frauenorganisationen ergriffen. Wenn eine lebendige Organisation auch den Zusammenhalt der Mitglieder über die stille Zeit des Sommers pflegt, ist doch die eigentliche Wirkungsperiode der Winter. In seinen kurzen Monaten heften sich die Anforderungen an die leitenden und aktiven Kräfte der Vereine, überfluten die Anstrengungen ihrer Propaganda das Publikum. Um eine klare Linie durch das Wirbel der Vorkämpfungen zu führen und Kraftvergehung zu vermeiden, muß eine gewisse Arbeitsteilung festgehalten und besonders der Unterschied zwischen parteipolitisch und überparteilicher Frauenarbeit erkannt werden. Es sind vielfach die gleichen Persönlichkeiten, die in den Frauengruppen der politischen Parteien und in den überparteilichen Vereinen tätig sind, und ihre Arbeit dient vielfach dem gleichen Ziele: Frauenarbeit und Einfluß zur Geltung zu bringen und für das öffentliche Leben nutzbar zu machen. Aber den beiden Richtungen sind verschiedene Wege und Arbeitsmethoden vorgezeichnet, um zu diesem Ziel zu gelangen. So sehr sie darauf angewiesen sind, sich gegenseitig zu fördern und in die Hand zu arbeiten, um weniger dürfen die Grenzen verwischt werden. Die politische Frauenarbeit im Rahmen der Parteien geschieht im Dienst einer politischen Idee. Diese steht im Vordergrund, die Beförderung der Fraueninteressen in zweiter Linie. Ihre Betonung ist allerdings ein wichtiges Mittel, um Frauenkräfte heranzuziehen und für die Politik zu interessieren.

Im wesentlichen hat die Frauenarbeit in der Partei die Aufgabe, weibliche Mitglieder zu werben, sie zur Vertretung der Parteideen, wie der besonderen weiblichen Forderungen zu schulen und darüber zu wachen, daß innerhalb der Partei die Stellung der Frauen gewahrt wird und sie nicht zu kurz kommen. Die Bewertung besonderer Frauenforderungen ist in den Parteien verschieden, doch schäufen sie alle, wenn nicht die Mitarbeit, so doch die Mitgliedschaft der Frauen und wissen, daß diese mit gewissen Zugeständnissen erkauft werden muß. Wohl können die Frauen verschiedener Parteien bei der Vertretung weiblicher Interessen ein Stück Wegs zusammengehen. Aber die Frauenolidarität muß zurücktreten hinter den politischen Grundgedanken, die die Stellungnahme zu den Fragen bedingen. Im allgemeinen Grundgedanken reicht die Übereinstimmung oft weiter als in bestimmten Einzelforderungen.

Die weltanschaulichen Unterschiede der Parteibekanntnisse spielen auch in die überparteiliche Frauenorganisation hinein; doch ist der Einheitsakt weiterer Raum gelassen, weil hier die Verfolgung der Frauenziele an erster Stelle steht. Die Stichtkraft darf nicht durch das Hineintragen von Parteipolitik gebremst werden. Besonders die Frauenorganisation, deren Arbeitsbereich an meisten an das politische grenzt, die Frauenbewegung mit ihrem Eintreten für Gleichberechtigung und persönliche Freiheit des weiblichen Geschlechts muß sich zur Parteipolitik halten. Die Kreisgabe einer Grundforderung, wie die des Frauenstimmrechts, besteht wegen im Jahre 1918 der deutsch-französischen Frauenbund ausgeschied, darf freilich auch in der Erhaltung der Einheit willen nicht in Frage kommen.

Eine besondere Gruppe bilden die konfessionellen Frauenvereine, die in der Lebensarbeit großes leisten. Sie sind weltanschaulich eng gebunden, dürfen aber, so lange sie sich politisch neutral nennen, nicht dem Irrtum nachgeben, kirchlich-politisch und rechtspolitisch gleichzusetzen. In den zahlreichen interkonfessionellen Wahlfahrts- und Zweckerreisen findet die politisch orientierte Frau oft Gelegenheit, die politische Neutralität zu verletzen. Ihre Verlegung verstößt gegen das Organisationsprinzip und bedeutet Einschränkung der Wirkungsmöglichkeit, sowohl hinsichtlich der Mittelbeschaffung als auch des Arbeitsbereichs. Auch die gewollte oder nicht verhinderte Mischung gesellschaftlicher Schichten bewirkt parteipolitische Abgrenzung. Um solchen Schäden zu wehren, muß man den betreffenden Vereinen angeben und in ihnen mitarbeiten; von außen her kann man nichts bessern.

Und bessern müssen wir hier, auch im politischen Interesse. Der neue Staat räumt der freien Wohlfahrtspflege wichtige Befugnisse ein in der öffentlichen Fürsorge. Deshalb müssen demokratisch denkende Frauen in ihre Organisationen hinein — nicht um eine Parteipolitisch aufzurichten, sondern um Parteimittelbrauch zu verhindern und die rechten Träger schaffen zu helfen für die heute so weit gespannten sozialen Aufgaben. Die erste wahrnehmbare Frau hat ein natürliches Bedürfnis, sich in väterlicher Mächtigkeits- und Hausbürgerlicher Verantwortung zu beweisen. Die freie Wohlfahrtspflege gibt ihr den Boden dafür.

Als politisch fest gemordene Frauen wollen wir unser höchstes Bürgerrecht stolz und eifrig ausüben in der Parteigemeinschaft. Die Werte der Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit findet ihren Boden in der überparteilichen Organisation. In beiden Fällen erfüllen wir unsere Aufgabe als Staatsbürgerinnen zu Ehren und zur Förderung des weiblichen Geschlechts und im Dienste des Gemeinwohles.

Aus Parlamenten und Parteien

Abgeordneter Dr. Bohner für die Ärzte.
Der Professorentitel.

Auf Veranlassung des Abgeordneten Bohner hatte die demokratische Fraktion im preussischen Landtag beantragt, daß künftig auch den leitenden Ärzten an städtischen Krankenhäusern der Professorentitel verliehen werden sollte. Dies war nicht möglich, da nach der Reichsverfassung Titel verboten sind. Auf eine private Anfrage hat nun der Reichsminister des Innern geantwortet, daß er beabsichtige, in nächster Zeit dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Verleihung von Titeln, allerdings in geringem Umfang geregelt würde. Er hoffe, daß durch die Annahme dieses Gesetzes sich die Möglichkeit ergeben werde, denjenigen Ärzten, die sich als

.....

Unsere Postbezieher

machen wir darauf aufmerksam, daß in diesen Tagen der Bezugspreis für den Monat Dezember von der Post eingezogen wird. Wir bitten, den Betrag rechtzeitig zu zahlen. Nur bei rechtzeitiger Bestellung ist der Postbezug gesichert. Alle Freunde, die bisher einen Postbezug erhalten haben, bitten wir, nunmehr auf eigene Rechnung dieses Exemplar beim Postamt oder beim Verlag zu bestellen.

.....

Forscher oder Praktiker in leitenden Stellen der städtischen Krankenhäuser verdient gemacht haben, den Professorentitel zu verliehen. Einigigkeiten über die Stellung des Rabinetts könne er aber nicht sagen.

Demokraten und große Koalition.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

In dem letzten Heft der „Hilfe“ nimmt der demokratische Reichstagsabgeordnete Ertel zu der Frage der großen Koalition im Reich Stellung und schreibt u. a.:

Die unendlichen, immer wieder in neuer Gestalt auftauchenden Widerstände auf der Seite des Unternehmens sind wenigstens für die halbe Front überwunden. Die Tatsache, daß eine Silberbergpartei der Gruppe Reuß-Hugenberg gegenübersteht, ist ein Fortschritt auf dem Wege der vollenparteilichen Koalition zur Großen Koalition, wie es sich bis jetzt so drastisch und bedeutsam noch nicht ereignet hat. Man liegt für das Reich die Entscheidung bei der Sozialdemokratie.

Der Primat der Außenpolitik würde einseitig in die Richtung der Großen Koalition weisen. Als in Genf bei dem Empfang, den die Reichstagsabgeordneten der deutschen Delegation gaben, Reichsminister die Rede auf den Außenminister hielt, trat unmerklich hervor, daß die Parteigruppierung für die Ziele der Außenpolitik gegeben ist. Die Außenpolitik muß mit Ants gemacht werden. Trotz aller Rücksicht auf Genf, trotz Poincaré und Gernersheim, hat der Parteitag der Deutschen Volkspartei sich nicht nur widerstandslos, sondern enthusiastisch auf die Seite Stresemanns gestellt. Redts von der Volkspartei findet er eine gleichgültige Gesichtsart nicht mehr.

Man kann aber die kommende Außenpolitik nicht mit einer anderen Wehrheit machen als die kommende Innenpolitik. Was in der Fortführung der Anfänge von Thoiry zu gesehen hat, sind weltanschaulich wirtschaftliche Schritte mit bedeutenden innerpolitischen Konsequenzen. Diese Tatsache weist hin auf die notwendige Einheit von Außen- und Innenpolitik.

Die kommenden Fragen der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, der Reparationspolitik, der Zoll- und Handelspolitik, können, wenn sie dem Ziel von Thoiry unterworfen werden sollen, nicht in einem anderen Geist, etwa gelüßt auf Hugenberg und den Landbund, angeführt werden. Niemals hat daher die Notwendigkeit für die Große Koalition so klar gelegen wie heute. Die Sozialdemokratie steht vor einer gegen den Sommer bedeutend veränderten Sachlage. Wenn sie damals betonte, daß so kurze Zeit nach der Abstimmung über die Fikzentbindung, daß unter dem fortbauenden Druck einer sich noch steigenden wirtschaftlichen Krise die Verantwortung nicht übernehmen könne, so hat sich heute die Sachlage entscheidend verändert. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Außenpolitik ist durch Genf bedeutend enger geworden. Wenn auch die wirtschaftliche Krise noch keineswegs zu Ende ist, so zeigt sie doch zweifellos eine Erleichterung, und was noch bedeutsamer ist, die kommenden Aufgaben sind derart, daß sie ein Zusammenwirken der Unternehmer und der Arbeiter voraussetzen.

Das Volksschullehrerdieneinstimmengesetz.

Die Preussische Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat im preussischen Landtag die nachstehende kleine Anfrage eingebracht:

In der 165. Sitzung des Preussischen Landtages am 8. Mai 1926 hat der Ministerpräsident Kaufmann erklärt: „Ich darf sagen, daß wir uns bemühen werden, in möglichst naher Zeit in einer Novelle zum Volksschullehrerdieneinstimmengesetz, die voraussichtlich ohnehin notwendig werden wird, in der Beziehung Anregung zu geben,

daß ein Teil der ersten und alleinstehenden Lehrer nach Gruppe 3 aufzürden kann ...

Bei dieser Novelle zum Volksschullehrerdieneinstimmengesetz möchten wir dann weiter die beiden Forderungen der Rektoren und Rektorinnen betreffend einfügen und möglichen monatlich Wert darauf legen, daß die Frage der Vollzahlung der Gehälter für Rektorinnen öffentlich gelöst wird und noch mehr Wert darauf legen, daß es gelingt, auf diesem Wege wenigstens einen Teil der Rektoren nach Gruppe 10 zu bringen. Ich habe bereits im Hauptausschuß ausführen dürfen, daß die gegenwärtige Regelung der Rektorenbesoldung tatsächlich den Anforderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht entspricht ...

Das Vierte, das in dieser Novelle eventuell zu behandeln wäre, wäre die teilweise Berücksichtigung der Parität der Schullehrer bei Feststellung des Vergütungsdienstalters, so wie es beim Besoldungsdienstalter bereits geschehen ist.“

Nach diesen Ausführungen müßte mit einer baldigen Vorlage der angelegten Novelle zum B. D. G. gerechnet werden. Die Bescheinigung der Einbringung der Novelle begründet sich durch die Tatsache, daß es sich nur um eine Auslegung an die Besoldung der vergleichbaren Beamtenhandlung handelt, daß ferner Beschlüsse des Landtags auf diese Angelegenheit seit Jahren vorliegen und die Besetzung eines der Lehrerschaft zugehörigen langwierigen Unrechts dringend notwendig ist.

Wir fragen daraufhin an:

1. Ist die Staatsregierung bereit, mit größter Bescheinigung die angelegte Novelle zur Vorlage zu bringen?
2. Falls diese Absicht nicht besteht, Auskunft zu geben, welche Gründe für die Zurückhaltung der Novelle maßgebend sind.

Das nennt man Politik!

Die Wölflinge wollen ihre Aktivität beweisen und sie haben deshalb dem Reichstag einen Antrag vorgelegt, wonach die Locarnoverträge und die Zugehörigkeit zum Völkerbund geändert werden sollen, ebenso sollen in Bausch und Bogen sämtliche Dawesgesetze für grundsätzlich und vollständig ungültig erklärt werden. Schließlich soll u. a. nach vor Eingehen irgendwelcher internationalen Vereinbarungen die Kriegsschuldfrage aufgerollt und zur sachlichen Erledigung getrieben werden.

Fragen an rechtsstehende Schulleiter.

Einer unserer Parteifreunde hat als Mitglied des Kuratoriums eines Gymnasiums, das einen sehr rechtsstehenden Direktor hat, u. a. folgende Fragen dem Direktor in der Sitzung des Kuratoriums vorgelegt:

1. Auf welche Weise hat der Herr Direktor dafür gesorgt, daß der Aufgabe, das schiffbare Verantwortungsbewußtsein des republikanischen Staatsbürgers zu wecken und zu erziehen, am Gymnasium und in seinem Unterricht genügt wird?
2. Was wird unter „sonstigen vaterländischen Vereinigungen“ des Heimatsortes verstanden, denen die Schüler, nach dem erstatteten Bericht, neben den Turnvereinen angehörend?
3. Ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der heute mindestens ebenso wichtig und für die Befestigung unserer Zukunft und die Arbeit des Staatsbürgers bedeutsam ist wie es jedes Jahr an unserer Schule gefeierte Sedanfest, in irgendeiner entsprechenden Form im Schulleben in Erscheinung getreten?
4. Warum wird die Verfassungsfeier nicht als eine vaterländische Feier bezeichnet? Welche Feiern müssen öffentlich sein?
5. Ist den Schülern im Unterricht gezeigt worden, daß die neue Verfassung nicht nur Gelegenheit zur Kritik gibt, sondern in weit höherem Maße wirkliche Fertigkeiten in sich birgt und Ziele zeigt, die von der alten Verfassung überhaupt noch nicht gesehen werden konnten?
6. Womit will der Herr Direktor es begründen, daß er als Mitsprecher bei einer öffentlichen Feier seinen Anhalt einen Kranz mit einer Schleife in den Farben des alten Staates niederlegt, und warum hat er nicht die Farben des neuen Staates genommen?

Wir bringen diese Fragen als ein Beispiel, wie im kleinen gearbeitet werden kann und muß.

Dr. Bohner.

Unterstützung der Hochwassergefährdeten.

Die demokratische Landtagsfraktion hat folgende kleine Anfrage im preussischen Landtag eingebracht: „Die durch das im Sommer eingetretene Hochwasser gefährdeten landwirtschaftlichen Betriebe sind in ihrer Existenz außerordentlich gefährdet. Die kleinen und mittleren Betriebe, bei denen die nachweislich domizilierte Fläche überwiegt, stehen vor dem Ruin. Da eine vollständige Unterstützung des Staates bislang noch nicht erfolgt ist, sind diese Betriebe vollkommen außerhande, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das trifft besonders auch für die Wälder von fiskalischen Verbänden zu, die am 1. Oktober ihren Verpflichtungen in Bezug auf Pachtzahlungen nicht nachkommen konnten. Die Regierung in Magdeburg, die von den im Magdeburger Bezirk gelegenen Gefährdeten um Nachschlag gebeten wurde, hat einen abschließenden Bescheid



mit dem Hinweis erteilt, daß eine Unterföhrung durch das zuständige Landratsamt zu erfolgen hat.

Wir fragen:
1. Ist das Staatsministerium bereit, den durch das Hochwässer geschädigten Landwirten den Pachtzins bis zur endgültigen Durchführung der Hilfsaktion zu stunden?
2. Was gedenkt es zu tun, um die auch vom preussischen Staatrat gewünschte Unterföhrung der Hochwässer geschädigten so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen?

Pöllische Kampfesweise.

Wegen Verleumdung bestraft.
Der frühere deutschpöllische Abgeordnete **Fahrenhorst** wurde unter Anklage gestellt, weil er sich durch Herabwürdigung des Ministerpräsidenten **Braun**, des früheren Ministers **Severing** sowie der Reichsfarben des Vergehens gegen § 8 Abs. 1 und 2 des Republikstrafgesetzes schuldig gemacht hatte. Das Gericht verurteilte diesen pöllischen Wanderredner zu 6 Monaten Gefängnis.

In der Begründung hieß es, der Angeklagte habe in der niederträchtigen und rohesten Weise Mitglieder der Regierung als Verbrecher beschimpft und die Reichsfarben geschnitten. Er habe bewußt und beabsichtigt gehandelt, das Gehe aus seiner Aufforderung an die überwachenden Polizeibehörden hervor, die von ihm angewendeten Kraftausdrücke zu notieren. Eine Bewährungsfrist zu bewilligen, habe das Gericht abgelehnt, da der Angeklagte schon zweimal wegen gleichartiger Vergehens vorbestraft sei und sich die damals gegen ihn verhängten Geldstrafen nicht habe zur Warnung dienen lassen.

Die bestehende republikanische Staatsform müsse energig gegen solche Geheßnisse und niederträchtigen Angriffe geschützt werden. Denn sei heute die geistliche Staatsform. Und wenn umgekehrt die Republik von den Pöllischen gestürzt und die Monarchie wieder aufgerichtet würde, so wäre wohl der Angeklagte der erste, der nach dem Majestätsbeleidigungsprinzipien rufen würde, falls jemand von dem wiedererregten Herrscher behaupten wollte, er sei ein Verbrecher an der Republik.

Kanaliserungspläne in Preußen.

Die Demokratische Landtagsfraktion hat im Preussischen Landtag nachstehenden Antrag eingebracht:
Der Landtag wolle beschließen, einen besonderen Ausschuß von 20 Mitgliedern zur Beratung der dem Landtag vorliegenden und noch ausstehenden Geheßnisse und Anträge, betreffend Kanaliserungen, einzusetzen, um zu ermitteln, welche Kanaliserungspläne in Preußen zu fördern sind.

Parteinachrichten **Bezirk Halle.**

Krieg in der Rechtspre.

Halle. Sie liegen sich wieder einmal in den Haaren, Halles angebliebene Vertreterinnen „nationaler Belange“, die „Allgemeine Zeitung“ und die „Hallesche Zeitung“. Geistliche Geschwaden werden hinüber und herüber geblasen. Denn diese Art Kriegsföhrung liegt ihnen gut und sie kennen sich darin aus. Und diesmal läßt man es sich auch etwas lohnen. Einer ist zu viel! Der eine hindert den anderen im Geheßnis! So schallt's aus beiden Lagern. Und nun geht der Tanz los. Die „Hallesche Zeitung“ will den Verlagsdirektor der „Allgemeinen Zeitung“ auf der Straße nach einer föhrenden deutschnationalen Persönlichkeit, die sich zu einem Schürtenritual gegen das eigene Nest bereits finden ließe, ertappt haben. Bei dem früheren deutschnationalen Geschäftsföhrer Ohm sei dieser Veruch Geheßnisse miflungen, aber bei dem deutschnationalen Geschäftsföhrer Paul Heße in Mifserleben habe er Erfolg geblasen. Ein von diesem unterzeichnetes Flugblatt sei verbreitet und darin der „Halleschen Zeitung“ vorgeworfen worden, daß sie wächtig unzuverlässig sei, da sie sich auf dem Lande als Judenfeinde, in der Stadt aber, und zwar aus Geschäftsrückfichten, als das Gegenteil aufspiele. Die Schriftleitung der „Halleschen Zeitung“ runderwidert deshalb auf einer ganzen Textseite gegen diesen Veruch Geheßnisse, läßt sich durch Wiedergabe einer Anzahl Briefe teutscher nationaler Mäner ihre nationale und wächtige Treue bescheinigen und wift schließlich die Hilfe der Deutschnationalen Partei an, damit diese mit der „Allgemeinen Zeitung“ und ihrem Verlagsdirektor Geheßnisse endlich Schluß made. Bis dahin wolle sie noch warten, sonst... (Hier verlagert sich vorläufig die Stimme.)

Und nun kommt beschämter Geheßnisse von der „Allgemeinen Zeitung“ und läßt belagtes Flugblatt abdrucken. Es lautet:

Achtung! Landwirte! Achtung!

In euren Kreisen glaubt man immer noch, die „Hallesche Zeitung“ (Verlag Otto Thiele) sei allein wächtig auerföhlig und der Juden Schred. Sie selbst verpricht in Taufenden von schwarz-weiß-roten Flugblättern

eine nationale unerschütterliche Politik, deren Kurs niemals schwankt.

Das ist ein Wort!

Und wie ist die Tat?

In Nr. 90 der „Halleschen Zeitung“ (Verlag Otto Thiele) wird in einem Artikel über das Fürstentumspromiß gesagt:

Landauslage:

„Mittlerweile sind die Kommunisten unter Föhrung des Vorsitzenden des Raubauschusses, des Juden Dr. Kuczynski, beim Innenminister erschienen usw.“

So habt ihr's auf dem Lande gelesen.

Die Stadttausgabe der „Halleschen Zeitung“ (Verlag Otto Thiele) hat ein anderes Gesicht; denn in

der Nr. 90 vom selben Tage, im selben Artikel und an derselben Stelle fehlt der Hinweis auf das jüdische Glaubensbekenntnis des kommunistischen Vorsitzenden des Raubauschusses, und die Berichtstelle lautet nur noch folgendermaßen:

Stadttausgabe:

„Mittlerweile sind die Kommunisten unter Föhrung des Vorsitzenden des Raubauschusses, Dr. Kuczynski, beim Innenminister erschienen usw.“

Ist das ein Kurs, der niemals schwankt? Man wird eher sagen müßen, daß die „Hallesche Zeitung“ in diesem Falle nicht bloß geschwankt, sondern sogar gezittert hat, und zwar vor Angst, die Gewogenheit der jüdischen Geschäftswelt in Halle und damit deren Inzeratenaufträge zu verlieren, wenn die Grimaße ruckbar würde. Deshalb wurde „der Jude“ pöffigerweise gestrichen, und Dr. Kuczynski erschien in der Stadttausgabe von Nr. 90 der „Halleschen Zeitung“ nur noch als einfacher Kommunist.

Den Abdruck dieses Flugblattes verleiht Geheißnisse der Ueberchrift: „Ein Jude wird zum Verschwinden gebracht.“ Außerdem legt er los und führt die vielen Gerichtsurteile an, in denen die „Hallesche Zeitung“ verdonnert wurde und erbringt Beläge da-

D. D. P. Halle

Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr im großen Nikolaus-Saal

Lichtbildervortrag: **Groß-Deutschland.**

Vortragender: Herr Renker.

Nach dem Vortrage:

Kommunalpolitische **Aussprache.**

Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

für, daß auch ein Berliner Gericht der „Halleschen Zeitung“ bereits arglistige Täuschung nachgewiesen und die Anfechtung von Inzeratenaufträgen mit ihr für berechtigt erklärt habe. Ein früherer Expedient der „Halleschen Zeitung“ habe als Zeuge unter Eid ausgesagt, daß die Auftragshöhe der „Halleschen Zeitung“ 5000 bis 5500 Stück betragen habe, Beilagen aber in einer Anzahl von 12000 bis 15000 eingetroffen seien. Die übriggebliebenen habe man als Altpapier verkauft. Auch sonst wird Geheißnisse sehr energig und wagt schließlich die Deutsch-nationale Partei danach, die „Hallesche Zeitung“ zu denen. Was wird diese nun mit ihren beiden Freunden machen.

Ein 70-jähriger. Herr Stadtrat **Schmidt** in Torgau konnte am 19. d. Mts. seinen 70. Geburtstag begehen. Durch rastlose und erfolgreiche Arbeit hat der Jubilar die Briefumschlag- und Parierausstattungsabrik F. J. Schmidt zu einem großen Unternehmen geführt und auch seiner Heimatstadt als Mitglied des Magistrats ehrsüchtige Dienste leisten können. Politisch hat der Jubilar schon in früheren Jahren den freimüßigen und freisinnigsten Parteien an föhrender Stelle angehört. Herr Stadtrat **Schmidt** ist ein Mitglied der Demokratischen Partei, die ihm auch an dieser Stelle zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche ausdrückt und ihm einen heiteren Lebensabend wünscht.

Deutsch-Demokratische Frauengruppe Halle a. E. Am Donnerstag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr im St. Nicolaus Vortrag von **Fräulein E. Grams-Nöck** mit Thüringen über „Die Entwidlung der Berufs-schulen in Thüringen“. Unsere Mitglieder sind herzlich eingeladen. Gäste willkommen.

Ein lange Zeitung. In Nr. 21 des „Allmüßigen Schulblattes für den Regierungsbezirk Merseburg“ wird durch Regierungsverfügung vom 19. Oktober 1926 ein Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern vom 30. Juli 1925 bekannt gemacht, durch das das Verbot von Dienstgebühren usw. in schwarz-weiß-roten Farben verboten worden ist. — Also — 1 1/2 Jahr dauert es, bis ein

Min.-Erl. zur Auswirkung in der nächsten Sitzung kommt. Was sollte aus der Schule werden, wenn die Schreiftat folchem Beispiel ihrer vorgesehnen Behörden folgen würde? Oder sollten da andere Gründe vorliegen?

Halle. Am Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr, wird im großen Nikolaus-Saal Herr **Antonsleiter** Renker in einem Vortrage die große deutsche Frage behandeln. Unsere Parteifreunde wüßen, daß politisch und wirtschaftlich dieser Frage eine sehr hohe Bedeutung beizumessen ist und daß sie zur Zeit in allen Lagern lebhaft erörtert wird. Auch wir wüßen sie besprechen und begründen es deshalb, daß der Vorsitzende unseres Bezirksverbandes, Herr Renker, sich zu einem solchen Vortrage bereitgefunden hat. Da die Worte des Vortragenden außerdem durch Veröffentlichung von Lichtbildern veranschaulicht werden, hoffen wir, daß den Parteifreunden ein merkwürdiger Abend geboten wird. Wir erwarten zahlreiches Besuch von Frauen und Männern.

Handelsminister Dr. Schreiber in Querfurt.

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Verammlung sprach am 7. November der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Herr Dr. Schreiber, in Querfurt. Der Minister würdigte zunächst die großen Erfolge unserer Außenpolitik und hob mit Recht hervor, daß diese, bei aller Anerkennung der Verdienste Strejtemanns, ohne Rathenau, der dafür sein Leben lassen mußte, nicht möglich gewesen wären. Nicht militärische Gewalt, sondern der klare Verstand ruhiger Männer und die wirtschaftliche Notwendigkeit haben uns die Erfolge vom Genf und Thoirn gebracht. Der Jubel der ganzen Welt begrüßte beim Eintritt in den Völkerbund das einst geachtete Deutschland. Dies ist gleichzeitig die wirksamste Widerlegung der Kriegsschuldfrage. Noch stehen wir erst am Anfang einer neuen Zeit, aber das ist unaußhaltig vorwärts gegangen ist, bestritten nur noch Verleumdete. Innerpolitisch haben diese Lasten zu einer wachsenden Festigung der Republik geführt. Man wundert sich fast, wer alles jetzt einmal wieder „Republikaner“ sein will! Die höchst begrüßenswerte Stellungnahme des Reichsverbandes der Industrie (Silberbrief) gab dem Auftakt, dann folgte das klare Bekenntnis des Deutschen Beamtenbundes zur republikanischen Verfassung, ein Bekenntnis, das sogar der Juristentag in Bonn ebenfalls ablegte. Der „Jugendrat“ unter Braun wandelt außen- und innenpolitisch schon längst andere Bahnen, als sie von den „Verbänden“ bisher eingeschlagen worden sind. Neuerdings trüßelt es sogar im Stillsitzen. Die Demokraten werden eben, der ehrsüchtigen Mitarbeiter, gern aufnehmen. — Im zweiten Teil seiner Rede vertritt sich der Minister über wirtschaftliche Fragen. Auch in der Wirtschaft sei, trotz aller Not der Zeit, ein harter Auftrieb nicht zu verkennen. Die Zahl der Arbeitlosen sei von 2 Millionen auf 1,3 Millionen zurückgegangen, der deutsche Exporthandel habe die Zahlen der Kriegszeit fast erreicht, die Sparfahrsamkeiten wüßen ständig. Der Landbaufrucht gehe es leider zur Zeit nicht gut, sie hatte voriges Jahr eine gute Ernte aber niedrige Preise, dieses Jahr zwar höhere Preise, aber eine schlechte Ernte. Verbesserung der Produktion werde ihr auf die Dauer mehr Nutzen bringen als hohe Preise. Der Steuerdruck sei für den Mittelstand äußerst schwer zu ertragen. Der Minister ging näher auf die einzelnen Steuern, besonders die Hauszinsen- und Gewerbesteuer, ein und gab zu, daß hier viele Härten und Ungerechtigkeiten bestehen. Für die Gewerbesteuer seien für 1927 wesentliche Erleichterungen geplant. Um die Steuerlasten erleichtern zu können, muß das Reich im allgemeinen danach streben, den Verwaltungsapparat einzusparen; die überflüssigen Organe oder möglichen Zweigstellen können zurück verschwinden. Die Demokratie vertritt bei den deutschen Einheitsstaat unter Berücksichtigung der kulturellen Eigenart der Stämme. Mit freudigem Optimismus bekannte sich Dr. Schreiber zu dem Glauben an die gesunde und ruhmvolle Zukunft des deutschen Volkes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß gerade die bewährten Ideale der Demokratischen Partei auch weiter berufen sein müßten, Deutschland emporzuführen zu neuer Freiheit und Größe. Die Verammlung dankte dem Minister mit stürmischen Beifall.

Reiserverein Querfurt.

Eine Reiserverammlung am Donnerstag, die außerordentlich stark besucht war, veranstaltete der Reiserverein Querfurt am 7. November in Querfurt. Herr Minister Dr. Schreiber, der am Nachmittag in öffentlicher Verammlung sprach, nahm liebenswürdigweise auch an der Vertreterversammlung teil. Nachdem geheßnisse Fragen gestellt worden waren, wurden folgende Vorstandsempfehlungen getroffen: 1. Vorsitzender Herr Steuerinspektor **Friedrich**, 2. Vorsitzender Herr Lehrer **Höle**, 1. Schriftföhrer Herr Oberlehrer **Kolbe**, 2. Schriftföhrer Herr Buchhalter **Schweil**, 1. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 2. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 3. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 4. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 5. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 6. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 7. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 8. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 9. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**, 10. Kassenvwart Herr **Wesserschmid**. Die Verammlung dankte dem Minister mit stürmischen Beifall.

Werbung neuer Mitglieder
und
Verbreitung unserer Wochenchrift
ist die beste
und nachhaltigste Unterföhrung
der Partei.
Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitenweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipzigische Straße 21.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint monatlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Quartal: 50 Schillingen monatlich 16 Schillingen. — Abbestellen können alle jährligen Abonnenten. — Preis pro Nummer 1 Schilling. — Druck- und Verlagsanstalt: Verlagsgesellschaft für Freiheit und Vaterland, Halle (S.), Postfach 101, 20. November 1926.

Abbestellen können alle jährligen Abonnenten. — Preis pro Quartal: 50 Schillingen monatlich 16 Schillingen. — Abbestellen können alle jährligen Abonnenten. — Preis pro Nummer 1 Schilling. — Druck- und Verlagsanstalt: Verlagsgesellschaft für Freiheit und Vaterland, Halle (S.), Postfach 101, 20. November 1926.

Nummer 47

Halle (S.), 20. November 1926

2. Jahrgang

Politikmüdigkeit?

Die letzten Gemeinderatswahlen — Wahlmüdigkeit in Baden — Das Vordringen der Wirtschaftsruppen — Erschwerte Koalition — Das Gefolge gegen Schuld und Schmutz — Die Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie — Keine Reichstagsauflösung — Der Reichsfinanzausgleich — Die stockenden Thoiry-Verhandlungen — Die Frage der Militärkontrolle — England auf Deutschlands Seite — Umgekehrte Lage in Frankreich — Louis Marin — Die stürmische Frankenhause — Italien und Frankreich — Die polnischen Wahlen — Der Orient-Pakt — Tschitscherin in Paris.

Die letzten Wahlen zu den Landtagen und Gemeinderäten in einer Reihe deutscher Bundesstaaten haben, so verschieden sie auch an sich waren, doch ein Ergebnis gehabt, das zu denken gibt. Sie zeigen eine starke Müdigkeit der Wählermassen und eine Abneigung gegen die politischen Parteien, die für die Folge nichts Neues verkörpern. Wo die Erbitterung gegeneinander nicht besonders stark ist, sondern eine ruhige Gefühlsführung eine klare Linie innehält, verliert sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Masse. Ein Beispiel dafür ist Baden, wo die Wahlberechtigung nur zwischen 35 und 40 Prozent betrug. In den anderen Staaten, in Südbad und Sachsen, wogte zwar der Kampf erbittert und hat auch mehr Säunige an die Urne geholt, aber nicht zu Gunsten der politischen Parteien selbst, sondern jener Wirtschaftsruppen, die sich mit großen Fragen überhaupt nicht befassen und lediglich Sonderinteressen vertreten. Die Wirtschaftspartei bringt überall erfolgreich nur, aber selbst solche einheitlich zusammengeführten Wahlfraktionen, wie der Bund der Bauern, konnten überall Fortschritte verzeichnen. Das stimmt außerordentlich bedenklich. Die politischen Organisationen werden dabei gerichtet und wenn es sich auch wohl nur um eine vorübergehende Erschütterung handelt, so wird sich dadurch schwerer Schaden gestiftet, weil es künftig nicht wird, wieder von vorne an die Organisationen anzufangen.

Für die Erledigung der parlamentarischen Arbeiten aber bedeutet es eine weitere Erschwerung. Klare Mehrheitsverhältnisse gibt es, vielleicht Bayern ausgenommen, wo der Partikularismus der Bayerischen Volkspartei eine starke Anziehungskraft übt, nirgendwo. Überall müssen Koalitionen geschlossen werden, die natürlich in sich bündelnd sind. Sie haben dauernd Befehlungsproben zu ertragen und sind ihnen nicht immer gewachsen. Am härtesten gilt das im Reich. Fragen, die mit den Sozialdemokraten gelöst werden können, stehen andere gegenüber, für die sich auch die große Koalition nicht geschlossen einleihen kann. Man braucht nur an das Gesetz gegen Schuld und Schmutz oder an das kommende Reichsschulgesetz zu erinnern. Wenn hier auch die liberalen Parteien Härten nach links pendern, so haben Bayerische Volkspartei und Zentrum keine Neigung, gerade mit der Sozialdemokratie diese Gesetze zu verabschieden. Das sind Probleme, die gerade, weil sie schon in föderale Bezirke eingreifen, tatsächlich nur schwer lösbar sind.

Es war deshalb richtig, daß man zunächst einmal die große Koalition nicht begründete, sondern sich mit einer Zwischenlösung begnügte, die an sich keine befriedigt und trotzdem wenigstens die Aussicht auf eine gewisse Dauer hat. Worauf es ankommt, war lediglich die Linie aus ihrer unpolitischen Oppositionsstellung zu befreien, die in kurzer Zeit zu einer vollständigen Dahmlegung des Reichstages und vermutlich zur Auflösung geführt hätte. Gerade weil die große Koalition will, darf sie nicht an einem festlichen Zeitpunkt fordern. Ganz abgesehen von der Abneigung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen, in diese Kombination einzutreten, ist auch bei der Sozialdemokratie keine ausgesprochene Stimmung dafür vorhanden. Ein Teil der Fraktion ist zwar für die große Koalition eingetreten, aber es ist nur eine Minderheit gewesen. Die Führer selbst waren aus reichlicher Überzeugung gebunden und haben Vereinbarungen vor, die ihnen eine gewisse Freiheit ließen. Man einigte sich in den Besprechungen beim Kanzler dahin, eine ständige und enge Fühlung miteinander zu unterhalten, aber sich noch endgültig festzulegen. Man darf nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie nach den sachlichen Wahlen mit ihrem starken Zug nach links eine verantwortliche Mitarbeit scheut. Das wird sich vielleicht ändern, wenn Neuwahlen stattgefunden haben, die dieser Partei wahrscheinlich einen erheblichen Gewinn zuführen und die Kommunisten in ihrer Agitation lähmen. Schon jetzt zeigt sich, daß die Mostauer ihren Höhepunkt überschritten haben. Man muß daher abwarten, bis wenigstens die Not des Winters vorüber ist. Erhält das Wirtschaftsleben dann, wie man vielfach hofft, einen Auftrieb, so sind die Gefahren von links her im wesentlichen als überwunden anzusehen.

Wir haben auch noch einen zweiten Grund, eine Reichstagsauflösung vorläufig nicht zu beschließen. Die Aussichten für die Wahlen sind nicht günstig, darüber soll man sich nach den Erfahrungen der letzten Wahlen einmal

klar sein. Auch wenn man annehmen darf, daß die Deutschen nationale eine Niederlage erleiden würden, ist damit noch nicht allein geholt. Es muß auch eine gewisse Beteiligung in den Wählermassen eintreten, die heute unter Steuern und der Konkurrenz der öffentlichen Körperschaften in vielen Bereichen leidet. Eine Hauptaufgabe dieses Winters ist es ohnedies, den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu verabschieden und auch ein wenig auf die Sondersteuernpolitik der Städte zu achten, gegen die sich die Erbitterung hauptsächlich richtet. Die Kommunen befinden sich in einer Zwangslage und sind vielfach garnicht im Stande, ihre Ausgaben zu decken. Das Problem ist ein Gesamtproblem und kann nur vom Reich aus gelöst werden. Das aber gilt es zunächst einmal abzuheilen. Auch wird man gut tun, sich erst einmal die Außenpolitik auswirken zu lassen. Ein Erfolg Stresemanns würde die deutschen nationale Niederlage vermindern und gerade darauf muß hingearbeitet werden.

Überwiegend sind die Aussichten dafür im Augenblick nicht. Verhandlungen mit fremden Staaten erfordern immer unendliche Geduld, und die häufig in der Presse auftauchenden Nachrichten von stark optimistischer Färbung nützen nichts, sondern verzerren in Gegenteil die Stimmung. Man hat für unseren Gesandten Thoiry viel zu laut behauptet. Es war schon eine Tat, aber die Ergebnisse lassen sich nicht von heute zu morgen als Ernte bewerten. Das ist begründlich, da Herr Briand in seiner Kammer genau so vielen Gegnern gegenübersteht, wie Stresemann bei uns, wozu bei ihm noch erschwerend die Macht der Willkür kommt, die durch seinen verlorenen Krieg beschworen worden sind. Schon in der Frage der Militärkontrolle zeigt sich das. Ob es wirklich erbliche Befugnisse vor einem deutschen Widerwärtigen ist oder nur der dringende Wunsch, die guten Vollen nicht zu verlieren, spielt dabei keine Rolle. Tatsache ist jedenfalls, daß es bisher noch nicht gelungen ist, diese Forderungen für den deutschen Standpunkt einzuführen und durch seinen Botschafter in Paris Lord Crewe nachdrücklich die Forderung unterstreichen, um dieser ganzen Institution ein Ende zu machen. Es ist ja möglich, daß bei der Zusammenkunft der drei Außenminister in Genf eine Einigung erzielt werden wird, aber als sicher möchten wir das noch nicht unterstellen. Gerade die Fertigmachtheit der Rätestände in der deutschen Entlassung zeigen, wie hart

verständigen nur mit erster Besorgnis verfolgt wird. Man fürchtet den Rückschlag. Nicht nur, daß die Kurssteigerung zum Teil auf Spekulation beruht, was schon an sich bedenklich ist, ist eine Notlage eingetreten, die bereits viele Firmen zur Liquidation wegen Geldmangel gezwungen hat. Die Entschädigung ging zu schnell. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß diese Kreise, und es sind ja die ausfallgebenden, sich zur Wehr setzen und dem frankreich Polnischen Politik bedroht. Selbst die Engländer, wie Mac Kenna und Montague Norman haben sich gefügt, daß die Zeit zur Stabilisierung gekommen sei, er hat das aber abgelehnt, obwohl auch Laucheur öffentlich dafür eingetreten ist. Poincaré hat ja immer zu den eigenständigen Staatsmännern Europas gehört und es ist auf diesem mal ausgesprochen, daß er, genau wie 1924, sich zu weit vorgezogen hat. Es ist vielleicht nicht unbedingt, wenn seine Freunde den im Januar stattfindenden Senatswahlen pessimistisch entgegenzusehen.

Dagegen wird man die französisch-italienische Spannung, die schon im Abflauen begriffen ist, in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen brauchen. Auch in Rom hat man erkannt, daß man den Bogen nicht überfahren darf und entsprechende Anweisungen an die Presse gegeben. Italien ist anders als andere Staaten für seine Presse verantwortlich, weil es keine Wähler mehr gibt, die von der Regierung unabhängig sind. Alle anderen sind unter dem Banner der Partei in ihren Interessen und in ihrer Sympathie mit dem Kaiser und dem liberalen Italien, die alle allerdings nur zu erinnern, en wird. Eine

er machen müßte. Die Gemeindeführung gewesen, die wohl Hundertgezwungen das die Stimmen ab der Oberflächens schon verständlich gemacht werden, spielt, die unter Gebieten anzu n, so ist das ein internationales geschlossen, daß in Polen tratbund eingetreten nicht entgegen können.

Die Lehren sind immer die gleichen, die Unbeliebbarkeit ist aber auch immer dieselbe. Wo eine Kampfstimmung herrscht, müssen die Sicherheitsventile geöffnet werden. Jeder begreifen das die verantwortlichen Staatsmänner meist zu spät. Der Gag gilt auch für die Außenpolitik. Die italienischen Reden und Drohungen gegen den Orient, die England durch die Unterbrechung von Livorno mindestens scheinbar unterläßt hat, haben Boreffekten mobil gemacht. Die Zusammenkunft in Dossia zeigt, daß man durchaus nicht geneigt ist, alles hinzunehmen. Vielleicht trifft es nicht zu, daß über atlantische Einheitsfronten verhandelt worden ist, aber ganz sicher hat man sich für den dürftigen Postfall verständigt. Die Türkei, Rußland, Persien und Afghanistan zusammen bilden schon einen Komplex, der auch für europäische Mächte so gut wie unangreifbar ist, namentlich dann, wenn andere europäische Mächte dabei die Hand im Spiel haben. Herr Tschitscherin fährt nach Paris, wo er mit Briand eine Aussprache haben wird. Es wäre nicht uninteressant, aber französische Blätter meiden, daß gerade an der Seine der Orient-Pakt unzerstört werden soll, also offenbar unter dem Protektorat Frankreichs. Das sind Vorgänge, denen man garnicht genug Aufmerksamkeit spenden kann. Richard Man.

Nichts kommt von selbst,
auch die Verbreitung unserer
Wochenschrift
muss erarbeitet werden.
Verbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Probefläche durch den Verlag
Magdeburg, Breiterweg 139/140

Selbst ein Mann von so gutem Willen wie Briand kämpfen muß, um das von ihm als nötig erkannt durchzuführen.

Die Lage in Frankreich selbst ist heute wieder so ungetrübte wie möglich. Der nationalistische Heißsporn im Kabinett Poincaré hat durch sein rückwärtsloses Vorgehen die ganze Regierung gefährdet. Poincaré möchte ihn öffentlich abschießen, wenn er auch nicht den Mut fand, ihn auszuschießen. Zunächst hat er den Sturm damit beschworen, doch droht ihm von einer ganz anderen Seite her Gefahr. Die Frankenaufwärtsbewegung hat einen Umfang angenommen, der in den Kreisen der Sach-

